

Satzung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt des öffentlichen Rechts über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Duisburg (Abfallentsorgungsgebührensatzung) vom 18. Dezember 2007^{1,2}, zuletzt geändert durch die 17. Änderung vom 09.12.2021.

Diese Satzung beruht auf:

- §§ 7, 9 und 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils gültigen Fassung, in Verbindung mit der Unternehmenssatzung der Stadt Duisburg über die Anstalt des öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetriebe Duisburg vom 12. Dezember 2006 (Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 63/2006 vom 29. Dezember 2006, Seite 493 - 498) in der jeweils gültigen Fassung;
- §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NW. S. 712) in der jeweils gültigen Fassung;
- § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz) vom 21. Juni 1988 (GV. NRW. S. 250) in der jeweils gültigen Fassung.

Inhaltsverzeichnis²

- § 1 Benutzungsgebühren
- § 2 Gebührenmaßstab und Gebührensatz
- § 3 Gebührenpflichtige
- § 4 Entstehen und Erlöschen der Gebührenpflicht sowie Fälligkeit der Gebühren
- § 5 Inkrafttreten

§ 1^{2,3}

Benutzungsgebühren

Die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt des öffentlichen Rechts (im Folgenden WBD-AöR genannt) erhebt für die nach der Satzung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt des öffentlichen Rechts über die Abfallentsorgung in der Stadt Duisburg (Abfallentsorgungssatzung) von ihr durchgeführte Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren nach § 6 Abs. 2 KAG.

§ 2^{2,3,4,6,7,8,9,14,15,16,17,18,19}

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

(1) Für das regelmäßige Einsammeln, Befördern und Annehmen von Abfällen werden Grund- und Leistungsgebühren erhoben. Soweit der Anschluss nicht für ein volles Kalenderjahr besteht, werden die Gebühren anteilig erhoben.

(2) Für jede Nutzungseinheit eines Grundstücks, das über einen Abfallbehälter bzw. einen entsprechenden Nachbarschaftsbehälter (§ 14 Abs. 5a der Abfallentsorgungssatzung) an die öffentliche Abfallentsorgung gemäß der §§ 4 bis 7 der Abfallentsorgungssatzung angeschlossen ist, wird eine Grundgebühr in Höhe von 37,20 € erhoben.

(3) Eine Nutzungseinheit im Sinne des Abs. 2 ist

- a) jede nach außen abgeschlossene Wohneinheit,

b) jede zweckbestimmte Gemeinschaftswohnanlage institutioneller Träger (z.B. Studentenwohnheime, Personalwohnheime, Kinderheime, Seniorenheime, Obdachlosenunterkünfte),

c) jede andere Nutzung von in sich abgeschlossenen Einrichtungen (z.B. Büros, Praxen, Läden, Handwerksbetriebe, sonstige Geschäftsräume),

auch wenn diese nicht ständig bewohnt / genutzt wird.

(4) Für jede gebührenpflichtige Benutzung (§ 7 Abs. 1 Abfallentsorgungssatzung) eines nach § 14 Abs. 2 der Abfallentsorgungssatzung zur Verfügung gestellten Abfallbehälters, wird zusätzlich zur Grundgebühr eine Leistungsgebühr erhoben. Sie wird nach Art, Größe und Anzahl der Abfallbehälter und Häufigkeit der Abfuhr sowie nach dem Umfang der Serviceleistung bemessen. Ist ein Nachbarschaftsbehälter nach § 14 Abs. 5a der Abfallentsorgungssatzung zugelassen, bemessen sich die Gebühren anteilig entsprechend der gem. § 14 Abfallentsorgungssatzung mitgeteilten Beteiligung an der Entsorgungsgemeinschaft.

(5) Bei wöchentlich einmaliger Abfuhr von Abfällen werden für ein Kalenderjahr folgende Leistungsgebühren erhoben:

Rollbehälter

je 40 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	101,52 €
je 40 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	101,52 €
- normaler Serviceaufwand	49,24 €
- erhöhter Serviceaufwand	87,08 €
je 60 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	152,28 €
je 60 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	152,28 €
- normaler Serviceaufwand	49,24 €
- erhöhter Serviceaufwand	87,08 €
je 80 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	203,04 €
je 80 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	203,04 €
- normaler Serviceaufwand	49,24 €
- erhöhter Serviceaufwand	87,08 €
je 120 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	304,56 €
je 120 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	304,56 €
- normaler Serviceaufwand	49,24 €
- erhöhter Serviceaufwand	87,08 €

je 240 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	609,12 €
---	----------

je 240 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	609,12 €
- normaler Serviceaufwand	63,40 €
- erhöhter Serviceaufwand	112,12 €

Großbehälter (fahrbar)

je 660 I-Abfallgroßbehälter	1.757,36 €
je 770 I-Abfallgroßbehälter	2.036,56 €
je 1100 I-Abfallgroßbehälter	2.885,36 €

Großbehälter (nicht fahrbar)

je 2200 I-Halbunterflurbehälter	5.583,68 €
je 4600 I-Vollunterflurbehälter	11.674,96 €

Bei erhöhter Abfuhrhäufigkeit erhöht sich die Leistungsgebühr entsprechend.

(6) Bei vierzehntäglicher Abfuhr von Abfällen werden für ein Kalenderjahr folgende Leistungsgebühren erhoben:

Rollbehälter

je 40 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	50,76 €
--	---------

je 40 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	50,76 €
- normaler Serviceaufwand	24,60 €
- erhöhter Serviceaufwand	43,52 €

je 60 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	76,12 €
--	---------

je 60 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	76,12 €
- normaler Serviceaufwand	24,60 €
- erhöhter Serviceaufwand	43,52 €

je 80 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	101,52 €
--	----------

je 80 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	101,52 €
- normaler Serviceaufwand	24,60 €
- erhöhter Serviceaufwand	43,52 €

je 120 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	152,28 €
---	----------

je 120 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	152,28 €
- normaler Serviceaufwand	24,60 €
- erhöhter Serviceaufwand	43,52 €

je 240 I-Abfallbehälter (ohne Vollservice)	304,56 €
---	----------

je 240 I-Abfallbehälter (mit Vollservice)	
- Grundpreis	304,56 €
- normaler Serviceaufwand	31,68 €
- erhöhter Serviceaufwand	56,04 €

Großbehälter (fahrbar)

je 660 I-Abfallgroßbehälter	878,64 €
je 770 I-Abfallgroßbehälter	1.018,24 €
je 1100 I-Abfallgroßbehälter	1.442,68 €

Großbehälter (nicht fahrbar)

je 2200 I-Halbunterflurbehälter	2.791,84 €
je 4600 I-Vollunterflurbehälter	5.837,48 €

Bioabfallbehälter

je 80 I-Abfallbehälter	55,48 €
je 120 I-Abfallbehälter	73,48 €
je 240 I-Abfallbehälter	124,48 €

(7) Für die Entsorgung von 1- Personengrundstücken beträgt der Gebührenabschlag

a) gemäß § 14 Abs. 10 i.V.m. Abs. 5 S. 3 der Abfallentsorgungssatzung	12,72 €
b) gemäß § 14 Abs. 10 i.V.m. Abs. 5 S. 4 - 5 der Abfallentsorgungssatzung	25,36 €

(8) Für die einmalige Abfuhr von Abfallbehältern (Sondereinzelleerung nach § 14 Abs. 8 oder § 15 Abs. 7 S. 4 der Abfallentsorgungssatzung) werden nachstehende Gebühren erhoben:

- je 40 I-Abfallbehälter	21,80 €
- je 60 I-Abfallbehälter	22,76 €
- je 80 I-Abfallbehälter	23,76 €
- je 120 I-Abfallbehälter	25,72 €
- je 240 I-Abfallbehälter	31,68 €
- je 660 I-Abfallbehälter	57,88 €
- je 770 I-Abfallbehälter	63,24 €
- je 1100 I-Abfallbehälter	80,28 €
- je 2200 I-Halbunterflurbehälter	146,00 €
- je 4600 I-Vollunterflurbehälter	263,16 €

(9) Für die Nachleerung von Abfallbehältern (bei nicht durchgeführter Leerung z. B. nach § 16 Abs. 4 S. 2 der Abfallentsorgungssatzung) werden nachstehende Gebühren erhoben:

- je 40 I-Abfallbehälter	18,04 €
- je 60 I-Abfallbehälter	18,04 €

- je 80 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 120 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 240 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 660 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 770 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 1100 l-Abfallbehälter	18,04 €
- je 2200 l-Halbunterflurbehälter	34,44 €
- je 4600 l-Vollunterflurbehälter	34,44 €

§ 3^{2, 4, 5, 6, 7, 8}

Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig sind Eigentümer/innen des Grundstücks. Grundstückseigentümer/innen im Sinne dieser Satzung sind die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer/innen, bei Wohnungseigentum der/die Wohnungseigentümer/innen. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des/der Eigentümers/in der/die Erbbauberechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner/innen. Jede/r Gesamtschuldner/in schuldet die gesamte Leistung. Die Erfüllung durch eine/n Gesamtschuldner/in wirkt auch für die übrigen Schuldner/innen. Die Abfallentsorgungsgebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

(2) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Grund- und Leistungsgebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehören insbesondere die in § 20 Abs. 2 Satz 2 der Abfallentsorgungssatzung genannten Bemessungsgrundlagen. Wesentliche Veränderungen bei den vom Gebührenpflichtigen nach Satz 1 und Satz 2 gemachten Auskünften sind der WBD-AöR unverzüglich mitzuteilen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der WBD-AöR das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

(3) Kommt der Gebührenpflichtige seiner/ihrer Pflicht aus Abs. 2 binnen der ihm/ihr gesetzten Frist nicht nach, so ist die WBD-AöR berechtigt, die Anzahl der Nutzungseinheiten für die Berechnung der Grundgebühr sowie die jeweilige Berechnungsgrundlage für die Berechnung der Leistungsgebühr zu schätzen.

§ 4^{2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 14, 15}

Entstehen und Erlöschen der Gebührenpflicht sowie Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr entsteht mit dem ersten Tag des auf den Beginn der Abfallentsorgung folgenden Monats. Sie erlischt mit dem letzten Tag des laufenden Monats, in dem die Abfallentsorgung eingestellt wird. Entsprechendes gilt beim Wechsel des/der Gebührenpflichtigen.

Werden eine oder mehrere Nutzungseinheiten voraussichtlich mindestens einen Kalendermonat ununterbrochen nicht genutzt (Leerstand), so entfällt die Grundgebühr ab dem Ersten des Monats, der auf den Beginn des tatsächlichen Leerstandes folgt, sofern der/die Gebührensschuldner/in die Befreiung von der Grundgebühr mindestens 14 Tage zuvor bei der WBD-AöR schriftlich unter Beifügung von Nachweisen hinsichtlich des Leerstandes beantragt hat.

(2) Die Gebührenpflicht für die Leistungsgebühr entsteht mit dem ersten Tag des auf den Beginn der Abfallentsorgung folgenden Monats. Sie erlischt mit dem letzten Tag des laufenden Monats, in dem die Abfallentsorgung eingestellt wird. Entsprechendes gilt bei einem Wechsel des/der Gebührenpflichtigen oder einer Änderung der Berechnungsgrundlagen. Sofern die Reduzierung des bereitgestellten Volumens trotz eines rechtzeitigen Antrags (§ 14 Abs. 4 Abfallentsorgungssatzung) nicht innerhalb des Monats erfolgt, auf den sich der Antrag bezieht, wird für den auf die Antragstellung folgenden Zeitraum der Anteil der festgesetzten Gebühr erstattet, der auf das einzuziehende Volumen entfällt. Die Erstattung ist innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe der geänderten Gebührenfestsetzung bei der WBD-AöR schriftlich zu beantragen.

(3) Wenn die regelmäßige Abfallentsorgung in dem Monat wieder eingestellt wird, in dem sie begonnen hat, entsteht und endet die Gebührenpflicht abweichend von Abs. 1 und 2 mit dem ersten und letzten Tage desselben Monats. Entsprechendes gilt bei einer Erhöhung des Abfallbehältervolumens.

(4) Die Grund- und Leistungsgebühren für die regelmäßige Entsorgung werden am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres für das jeweils laufende Kalendervierteljahr fällig. Auf schriftlichen Antrag des/der Gebührenpflichtigen können die Grund- und Leistungsgebühren abweichend von Satz 1 am 01.07. eines jeden Jahres in einem Jahresbetrag entrichtet werden, sofern der Antrag bis zum 30.09. des vorhergehenden Kalenderjahres gestellt wurde. Die beantragte Zahlungsweise bleibt solange maßgebend, bis ihre Änderung beantragt wird. Die Änderung ist spätestens bis zum 30.09. des vorhergehenden Jahres schriftlich zu beantragen.

(5) Die Benutzungsgebühr für die nicht regelmäßige Entsorgung gem. § 2 Abs. 8 bis 9 wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(6) Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, durch Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendige Arbeiten, behördliche Verfügungen oder Verlegungen des Zeitpunktes der Abfallentsorgung vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, haben die Gebührenschuldner keinen Anspruch auf Gebührenminderung. Wird die Abfallentsorgung aus einem anderen als in Satz 1 genannten und nicht von dem/der Gebührenschuldner/ in zu vertretenden Grund von der WBD-AöR nicht durchgeführt, haben diese nur dann einen Anspruch auf Gebührenminderung, wenn die WBD-AöR die Möglichkeit hatte, die Abfallentsorgung zeitnah nachzuholen. Dies setzt voraus, dass der/die Gebührenschuldner/in die WBD-AöR unverzüglich über die nicht durchgeführte Leerung in Kenntnis setzt. Der Anspruch auf Gebührenminderung ist innerhalb von drei Monaten nach der nicht durchgeführten Leerung bei der WBD-AöR schriftlich zu beantragen.

§ 5² Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

¹Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 52/2007, S.468-474

²Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 50/2009, S. 597-600
1. Änderung vom 14.12.2009, in Kraft getreten am 01.01.2010
Überschrift der Satzung ergänzt und Inhaltsverzeichnis eingefügt
§§ 1 und 2 geändert
§ 3 Abs. 1 u. 2 geändert
§ 4 Abs. 1, 6 u. 7 geändert
§ 5 Überschrift eingefügt

³Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 48/2010, S. 546-548
2. Änderung vom 08.12.2010, in Kraft getreten am 01.01.2011
§ 1 geändert
§ 2 geändert
§ 4 Abs. 1 und 6 geändert

⁴Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 47/2011, S. 526-530
3. Änderung vom 14.12.2011, in Kraft getreten am 01.01.2012
§§ 2, 3 und 4 geändert

⁵Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 48/2012, S. 513-515
4. Änderung vom 12.12.2012, in Kraft getreten am 01.01.2013
§ 3 Abs. 3 geändert
§ 4 Abs. 1, 2 und Abs. 7 S. 1 geändert

⁶Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 45/2013, S. 397-399
5. Änderung vom 11.12.2013, in Kraft getreten am 01.01.2014
§ 2 Abs. 2, 5, 6 und 8 geändert
§ 3 Abs. 1 geändert

⁷Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 42/2015, S. 458-461
6. Änderung vom 01.12.2015, in Kraft getreten am 01.01.2016
§ 2 Abs. 2, 5, 6 und 8 geändert
§ 2 Abs. 9 entfällt
§ 2 Abs. 10 wird mit Änderung Abs. 9
§ 2 Abs. 11 wird mit Änderung Abs. 10
§ 2 Abs. 12 entfällt
§ 3 Abs. 1 und 2 geändert
§ 4 Abs. 6 geändert
§ 4 Abs. 8 entfällt

⁸Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 35/2016, S. 367-370
7. Änderung vom 02.12.2016, in Kraft getreten rückwirkend am 01.01.2012
§§ 2, 3 und 4 geändert

Hinsichtlich der nach dem 31.12.2012 verwirkten Tatbestände bleibt die Abfallentsorgungsgebührensatzung vom 18.12.2007 in der jeweils gültigen Fassung weiterhin wirksam

⁹Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 38/2016, S. 541-544
8. Änderung vom 02.12.2016, in Kraft getreten am 01.01.2017
§ 2 Abs. 2, 3, 5 und 6 geändert
§ 2 Abs. 7 entfällt
§ 2 Abs. 8 wird mit Änderung Abs. 7
§ 2 Abs. 9 wird mit Änderung Abs. 8
§ 2 Abs. 10 wird mit Änderung Abs. 9
§ 4 Abs. 5 entfällt
§ 4 Abs. 6 wird mit Änderung Abs. 5
§ 4 Abs. 7 wird ohne Änderung Abs. 6

¹⁴Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 46/2017, S. 513-515
12. Änderung vom 04.12.2017, in Kraft getreten rückwirkend am 01.01.2017
§§ 2 und 4 geändert

¹⁵Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 48/2017, S. 545-548
13. Änderung vom 04.12.2017, in Kraft getreten am 01.01.2018
§ 2 Abs. 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 geändert
§ 4 Abs. 1, 2, 4 und 6 geändert

¹⁶Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 40/2018, S. 554-556
14. Änderung vom 06.12.2018, in Kraft getreten am 01.01.2019
§ 2 Abs. 5, 6, 7, 8 und 9 geändert

¹⁷Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 41/2019, S. 563-565
15. Änderung vom 05.12.2019, in Kraft getreten am 01.01.2020
§ 2 Abs. 5, 6, 7, 8 und 9 geändert

¹⁸Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 68/2020, S. 827-829
16. Änderung vom 09.12.2020, in Kraft getreten am 01.01.2021
§ 2 Abs. 4 Satz 2, Abs. 5, 6, 7, 8 und 9 geändert

¹⁹Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 57/2021, S. 753-754
17. Änderung vom 09.12.2021, in Kraft getreten am 01.01.2022
§ 2 Abs. 5, 6, 7, 8 und 9 geändert